Nr. 345 * Ausgabe B Nr. 137
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 345

Abend-Ausgabe

Montag, 28. Juli 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Foch und die rheinische Republik.

Die „Rheinische Republik" als Hinterland der Brückenköpfe.

Eine neue Vertrauensdebatte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Genf, 28. Juli.

In der Friedenskommission der Kammer wurden ausführliche Mitteilungen über den Bericht von Marschall Foch in der Friedenskonferenz gemacht. Aus diesem Bericht geht, laut „Europa Preß" hervor, daß Foch der Urheber des Planes zur Schaffung einer rheinischen Republik ist, die er als Hinterland für die von ihm geplanten rheinischen Brückenköpfe unbedingt zu brauchen erklärte. Clemenceau hat diesen Plan bis zuletzt unterstützt, sich aber schließlich dem entschiedenen Widerspruch Wilsons und Lloyd Georges beugen müssen. Der Deputierte Franklin Bouillon und mit ihm eine Mehrheit der Kommission machen der Regierung aus diesem Zurückweichen einen Vorwurf. Heute wird **Clemenceau noch einmal vor der Kammer ein Vertrauensvotum verlangen** müssen, und es könnte leicht sein, daß er sich dabei einer sehr gemischten Gegnerschaft gegenübersieht, die vielleicht eine Mehrheit gegen ihn werden könnte.

Die französische Besatzungsbehörde hat in der Rheinpfalz bedeutende Requisitionen an Ernteerträgnissen in Aussicht gestellt. Den Bezirken Bergzabern, Landau und Pirmasens wurden die Verpflichtung auferlegt, aber 50 000 Doppelzentner Heu innerhalb eines Jahres, bis zum 1. August 1920, an die Besatzungsbehörde abzuliefern. Jede Ausfuhr von Heu und anderen Futtermitteln aus diesem Bezirk wurde verboten. Auch auf einen Teil der Kornernte wurde von den Franzosen im voraus Beschlag belegt.

In Speyer und Ludwigshafen wurden Proklamationen der französischen Kommandobehörden erlassen, welche die Veröffentlichung aller deutschen Gesetze in Zukunft von der Erlaubnis der französischen Militärbehörde abhängig machen.

Paris, 27. Juli. (W. T. B.)

Die französische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Wahlen in Elsaß-Lothringen gleichzeitig und zu gleichen Bedingungen wie im übrigen Frankreich stattfinden werden. Elsaß-Lothringen wird in drei Wahlkreise eingeteilt. Die Zahl der Deputierten steht noch nicht fest, dagegen werden zwei Wahlkreise je fünf Senatoren, der dritte Wahlkreis vier Senatoren haben.

Die Stimmung des Viererrates vor der Unterzeichnung.

Genf, 28. Juli. (T. U.)

Von zuverlässiger, wohlinformierter englischer Seite erfährt der Korrespondent der Telegraphen-Union über die Stimmung, die am 23. Juni, dem Tage, an welchem Deutschland von den Alliierten Bedenkfrist zur Annahme des Friedensvertrages erhalten hatte, im Viererrat herrschte. Der Viererrat hatte sich damals um 2 Uhr zu einer Sitzung vereinigt, um die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten. Es herrschte die größte Spannung bei den vier Ministern darüber, wie sie ausfallen werde. Im großen und ganzen erwartete man die Ablehnung des Vertrages. Als gegen 4 Uhr die Antwort immer noch nicht eingetroffen war, entspann sich eine allgemeine Diskussion über die Deutschland eventuell zu gewährenden Milderungen. **In der Befürchtung, Deutschland werde nicht annehmen, entschloß sich der Viererrat, einige Milderungen eintreten zu lassen.** So sollte bestimmt auf die Auslieferung des Kaisers und wahrscheinlich auch auf die der mitangeklagten Offiziere verzichtet werden. Um 4 Uhr 25 Minuten wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Depesche an die deutsche Regierung begonnen. Bevor diese Abfassung beendet war, trat um 4 Uhr 40 Minuten die offizielle Mitteilung Deutschlands von der bedingungslosen Annahme ein, durch welche die Absendung der eben abgefaßten Depesche hinfällig wurde.

Um Oberschlesien!

Was tut die Regierung?

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Max Brahn (Kattowitz).

Wir haben uns alle, protestierend, in den Frieden ergeben, wie er nun einmal gekommen ist. Wir arbeiten auf eine Revision hin, müssen aber zunächst bekennen, daß wir ohnmächtig der Gewalt der Feinde gegenüberstehen. Und aus diesem Gefühl der Ergebung heraus vergessen wir, daß es Punkte im Friedensvertrage gibt, in denen uns die Hände nicht gebunden sind. In großen Bezirken werden Abstimmungen über die Zugehörigkeit zu Deutschland stattfinden, und wie diese ausfallen, das hängt von uns ab.

Da läge es nahe, daß die ganze nationale Kraft darauf zusammengefaßt wird, die Abstimmungen zu unsern Gunsten zu gestalten, alles zu tun, was irgendwie imstande ist, hier bestimmend einzugreifen. Und die Deutschen in den besetzten Teilen selbst erwarten von dem großen Vaterlande Taten, Hilfe, Unterstützung in ihrem Kampfe mit den anders Gesinnten.

Was aber geschieht von Berlin aus? Vielleicht mancherlei, was man nicht bemerkt — sicherlich nichts, was man bemerkt. Man hat in keiner Beziehung den Eindruck, daß irgendwo eine leitende Hand, geschweige denn ein führender Gedanke da ist. Man läßt die Zügel am Boden schleifen, und nichts, aber auch gar nichts gibt der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien den Eindruck, daß man sich um sie bemüht. Wohl arbeitet rastlos der tatkräftige Staatskommissar Hörsing, der nun den ganzen Osten zu bearbeiten hat, um im einzelnen zu helfen und zu ändern; aber die Hauptsache bleibt doch das, was von Berlin oder Weimar ausgeht: und von hier geht eben gar nichts aus.

Die Polen überschütten nicht nur etwa in der Kleinarbeit in Oberschlesien selbst, sondern durch die Bearbeitung der gesamten Weltpresse, auch der deutschen, die ganze Welt mit Jusagen an Oberschlesien. Sie versprechen alles Mögliche; sie streicheln die Beamten; sie reden den Konfessionen gut zu und erwecken den Eindruck, als ob sie sich schon heute mehr um das Land kümmerten als wir. In Weimar aber muß der Kattowitzer Oberbürgermeister erst die Frage stellen, was denn die Regierung mit den Beamten des Landes zu tun gedenke, und eine Antwort ist noch nicht erfolgt.

In den preußischen Ministerien sitzt niemand, der sich mit voller Tatkraft nur den oberschlesischen Fragen widmen kann, der, selbst Oberschlesier, die eigentümlichen Verhältnisse des Landes kennt. Man muß dieser Bevölkerung innerlich nahe stehen, die das merkwürdigste Gemisch von deutscher Gesinnung und polnischer Sprache ist, das irgendwo besteht. Man muß die eigentümlichen Verhältnisse kennen, die sich aus jener Mischung von fromm-gläubigen Sinnen und sehr nüchtern praktischen Erwägungen einer Arbeiterbevölkerung ergeben. Und man muß endlich die Einsicht haben, daß es keinen wichtigeren Punkt für Preußens Zukunft gibt, als Oberschlesiens Erhaltung. Bei uns aber wird die Frage so behandelt, als ob sie eine kleine Nebenfrage neben anderen wäre.

Wohl hat das preußische Staatsministerium selbst einmal einen Anlauf genommen, in einem großen Programm Oberschlesien besondere Rechte zu gewähren; aber dann ist ihm der Mut gesunken, und an Stelle von Handlungen sind Erwägungen getreten. Die preußische Regierung erwägt und erwägt, aber es ist kein Mann da, der den Mut hat, einmal mit der Faust auf die Wagschale zu schlagen und sie nach irgend einer Seite zum Sinken zu bringen. Man hat sich nicht entscheiden können, den Polen Oberschlesiens Rechte zu gewähren, weil man meint, diese Sprachen- und Kulturfragen müssen für den ganzen Osten gleichmäßig geregelt werden. Das ist nicht wahr: sie müssen nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung Oberschlesiens und nach der heutigen Lage für Oberschlesien besonders geregelt werden. Man muß sich endlich entschließen, nicht zu erwägen, sondern zu tun, und wenn es in einer amtlichen Kundgebung neulich hieß, daß man nach der Abstimmung, falls sie zugunsten Deutschlands ausfiele, erwägen wird, ob Oberschlesien eine Provinz für sich werden soll, so ist das ein Streich, würdig der Schildbürger, aber nicht des preußischen Staates. Wie lange will man denn eigentlich noch erwägen? Bis die Besetzung im Lande ist, die es überhaupt unmöglich macht, irgend etwas von deutscher Seite zu tun? Oder will man warten, bis die Abstimmung vorüber ist, wo